

pressezentrale einheit
bem
unity press centre

MOLTKESTR. 45, 4100 DUISBURG 1, TELEFON: +49 203 340395, TELEFAX: +49 203 339229 (BRD)
6 STOKE NEWINGTON ROAD, LONDON N16 7XN, TELEPHONE/FAX: +44 1 923 1902 (UK)

x IN ISTANBUL WURDEN AN DIE 100 TBKP-MITGLIEDER FESTGENOMMEN
x POLITIKER PROTESTIEREN GEGEN DIE WILLKÜRLICHE ÜBERGRIFFE DER
POLIZEIKRÄFTE, DIE DIE LEGALE GRÜNDUNG DER PARTEI VERHINDERN
WOLLEN

Am 10.02.90 wurden an die 100 Mitglieder der TBKP (Vereinigte Kommunistische Partei der Türkei) auf Anordnung des Staatssicherheitsgerichtes festgenommen.

Die Anwälte der Festgenommenen erklärten, dass der Staatsanwaltsschaft des Staatssicherheitsgerichtes im Bezug auf die Festgenommenen einen Haftbefehl erlassen will und der politische Polizei von der Staatsanwaltsschaft einen U-Haftfrist von 15 Tagen beantragt hat.

Die Familienangehörige der festgenommenen TBKP-Mitglieder haben am 12.2.90 auf einer Pressekonferenz, die sie durchgeführt haben, die sofortige Freilassung ihrer Angehörigen, die nur wegen ihrer Anschauung festgenommen sind, gefordert.

Inzwischen haben die Zentral-Führung der TBKP und Vorstandsmitglieder der TBKP in Istanbul sowie Kreisvorstandsmitglieder der Kreisbezirken in Istanbul eine Erklärung veröffentlicht in dem sie gegen die Verhinderung der Tätigkeiten der Partei Mitglieder um die legale Gründung der Partei protestiert und diese Übergriffe als Zwingung der Kommunisten zur illegalen Tätigkeit bewertet.

"Die Demokratie kann nicht mit Übergriffen und Angstzuständen erreicht werden. Damit die Türkei bei der positiven Entwicklungen in der ganzen Welt nicht zurück bleibt müssen die Paragraphen 141, 142 und 163 des türkischen Strafgesetzbuches sofort im Parlament behandelt und abgeschafft werden." so die TBKP-Mitglieder in ihrer Erklärung weiter.

Der stellvertretende Vorsitzende der TBKP, Mehmet Karaca protestierte in seiner Erklärung im Bezug auf die Übergriffe der Polizeikräfte auf die TBKP-Mitglieder und erklärte dass die Paragraphen 141, 142 und 163 des türkischen Strafgesetzbuches in kürzester Zeit in der Regierung und im Parlament besprochen und abgeschafft werden müssen.

Der Generalsekretär der Sozialdemokratischen Volkspartei Demiz Baykal erklärte, dass die Festnahme der TBKP-Mitglieder nicht zu rechtfertigen ist. Baykal betonte weiterhin, dass in einer Zeit in dem die Mauern in Europa fallen, solche Massnahmen durchgeführt werden, anachronistisch ist.

Kemal Anadol eine der unabhängigen Abgeordnete im Parlament erinnerte den Staatspräsidenten Özal, Ministerpräsidenten Akbulut und den Justizminister Sungurlu zur Einhaltung ihrer politischen Erklärungen und Verprechungen auf und rief sie zu Tätigkeiten im Bezug auf die Abschaffung der Paragraphen 141, 142, und 163 im Parlament auf.

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI
TÜSTAV